



Inhalt

Neoliberalismus als Geschlechtermodell: Großbritannien

von Barbara Einhorn

| | |
|---|----------|
| Neoliberalismus als Geschlechtermodell: Großbritannien | 2 |
| Das neoliberale Modell in Großbritannien | 2 |
| Der weitere Kontext: Die EU-Gleichstellungspolitik | 4 |
| Paradoxa | 5 |
| Literaturangaben | 6 |
| Abstract | 7 |
| Zur Person | 7 |
| Veröffentlichungen u.a. | 7 |
| Kontakt | 8 |



Neoliberalismus als Geschlechtermodell: Großbritannien

von Barbara Einhorn

Das neoliberale Modell in Großbritannien

Nancy Fraser (2003: 216) weist darauf hin, dass die Unsichtbarkeit von (unbezahlter) Frauenarbeit keine Frage der mangelnden Anerkennung ist, sondern direkte Systemauswirkung von neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftsmechanismen, die viele vom Arbeitsmarkt ausschließen. Dazu gehören besonders Frauen, aber auch Arbeiter in bestimmten Weltteilen.

Das neoliberale Modell – in Großbritannien von der Regierung Thatcher eingeführt – hat den Staat der Bürde der Verantwortung für das Wohlbefinden der BürgerInnen und damit der Gesellschaft enthoben und diese Bürde stattdessen an das Individuum delegiert. Damit wurden die Pflichten des/r Bürger/in hervorgehoben und die Rechte – besonders die sozialen Rechte – ihrer Berechtigung geraubt. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte in Großbritannien ein Konsens geherrscht, nach dem der Staat als erster Adressat für Antragsteller und Hauptlieferant von Sozialdienstleistungen galt. Die Regierung Thatcher hat an diesem Konsens gerüttelt, vielmehr ihn auseinandergenommen. Dieser Paradigmenwechsel hatte für Frauen besonders schwere Folgen.

Auch den Demokratisierungsprozessen in Osteuropa (Einhorn, 1995: 221ff.; Einhorn and Sever, 2003; Gal and Kligman, 2000: 64; Haney, 2002: 186; True, 2003; Zhurzhenko, 2001) oder in Lateinamerika (Craske, 1998; Jaquette and Wolchik, 1998; Randall, 1998) ist das neoliberale Modell mit seiner Vorschrift eines eingeschrumpften Staates und einer von Marktmechanismen geführten und regierten wirtschaftlichen Umstrukturierung durch den Druck von internationalen Finanzinstitutionen wie dem IMF überstülpt worden. Für diese Länder ist vielfach festgestellt worden, wie sehr das neoliberale Modell den Spielraum von Frauen einschränkt, indem es die Einschrumpfung von staatlichen Ausgaben im Bereich der Sozialpolitik fordert – und fördert – und überhaupt den Markt als Instrument der Regelung der Beziehung zwischen individuellen BürgerInnen, einzelnen Familien, dem Markt und dem Staat einsetzt.

Das neoliberale Modell gibt der Wirtschaft Vorrang über das Politische und das Soziale. Damit werden automatisch im Bereich der Bürgerrechte ökonomische über soziale Rechte bevorzugt. John Holmwood (2000: 471, Fußnote

28) macht die wichtige Bemerkung, dass eine Minderung an sozialen Rechten eine Schwächung der zivilen und politischen Rechte mit sich bringt. Die Bevorzugung von wirtschaftlichen Rechten geschieht in einem Kontext, in dem ohnehin die Pflichten der BürgerInnen (die individuelle Verantwortung für ihr eigenes Gedeihen oder Scheitern) die sozialen Rechte (als Akzeptanz einer kollektiven Verantwortung für das Gemeinwohl und damit für das Wohl der einzelnen Gesellschaftsmitglieder) überragen.

Diese Werteverstärkung ändert zwangsläufig auch die Vorstellung darüber, was es heißt, StaatsbürgerIn zu sein. Im neoliberalen Modell wird Staatsbürgerschaft durch souveränes Handeln auf dem Markt demonstriert – etwa durch die Fähigkeit, Verträge zu schließen und vor allem ökonomisch unabhängig zu werden. Diese rein ökonomisch definierte Version der Staatsbürgerschaft ist geschlechtsspezifisch. Die meisten Frauen – vor allem diejenigen, die als unausgebildete Arbeitskräfte tätig sind und/oder ethnischen Minderheiten angehören – werden von diesem Modell benachteiligt. Sie haben weder im gleichen Maße wie Männer Zugang zum Arbeitsmarkt, noch die gleichen Beförderungsmöglichkeiten im Beruf. Diese Benachteiligung hängt mit ihren niedrigeren Löhnen (und demzufolge ihren kleineren Renten) zusammen, mit dem Umstand, dass die Mehrzahl von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Großbritannien Teilzeit arbeiten und mit der mangelnden Kinderversorgung.

Jane Lewis (2003: 178f.) registriert die Auswirkung von strukturellen Änderungen in der Familie und in der Wirtschaft, die es Regierungen ermöglicht haben, im Sinne einer zunehmenden Individualisierung ihre Sozialpolitik zu entwerfen. Demnach weiche das in der britischen Sozialpolitik des Nachkriegs vorherrschende Modell vom männlichen Brotverdieners ('male breadwinner model') einem Familienmodell, das durch die Arbeitstätigkeit aller erwachsenen Familienmitglieder gezeichnet ist. Jedoch laufe diese Vorstellung eines neuen Familienmodells der Wirklichkeit voraus, meint Lewis. Sie weist darauf hin, dass in den Niederlanden, in Großbritannien und in Deutschland zwischen 25 Prozent und 33 Prozent der erwerbstätigen Frauen weniger als



20 Wochenstunden arbeiten und daher kaum in der Lage sind, wie es das neoliberale Modell verlangt, ökonomisch unabhängig zu werden. Folglich sind sie in viel höherem Maße als Männer auf Sozialhilfe angewiesen. Doch werden SozialhilfeempfängerInnen, insbesondere alleinstehende Mütter, im neoliberalen Diskurs besonders geringgeschätzt (Holmwood, 2000: 471). Sie werden in den Boulevardblättern Großbritanniens als soziale Nieten, als faul, eigennützig und berechnend dargestellt, als Frauen, die sich absichtlich ein Kind anschaffen, um sich auf listige Art in der Warteliste für staatlich subventionierte Wohnungen vorzudrängeln. Seit der Thatcher-Regierung erscheinen sie im öffentlichen Diskurs als Sündenbock, symbolisch für die vielen, die laut der von den Medien geschürten 'Moralpanik' dem Staat in einer 'Kultur der Abhängigkeit' auf der Tasche liegen.

Auch die Blair-Regierung hat alleinstehende Mütter ins Visier genommen mit einer Politik, die sie zwingen will, ökonomisch aktiv zu werden und nicht 'nur' Mütter ihrer Kinder zu bleiben. Die Ironie dieser Politik schlägt ins Gesicht, wenn frau sich bewusst macht, dass in Großbritannien die Hälfte der während des Zweiten Weltkrieges geöffneten Kindertagesstätten gleich nach Kriegsende wieder geschlossen und durch einen von Politikern, Arbeitgebern und Psychologen propagierten Diskurs ersetzt wurden, nach dem Kinder im Vorschulalter unbedingt der mütterlichen Pflege bedürften (Land and Lewis, 1998: 65). Großbritannien erschien daher in den Nachkriegsjahren bis in die 90er Jahre hinein im Ländervergleich in einem ungünstigem Licht: im Kontext des Zugangs zu bezahlter Arbeit für Frauen in Skandinavien und besonders in Hinsicht auf die großzügig angelegte soziale Kinderfürsorge in Frankreich (Pierson, 1998: 23).

In den britischen Sozialdienstleistungen bedeutete das neoliberale Modell der 70er und 80er Jahre die Übertragung der Verantwortung für das soziale Wohl, die bis dahin der Staat getragen hatte, auf die Familie und insbesondere auf die bezahlte und unbezahlte Arbeit von Frauen. Dieser Wandel hatte Konsequenzen, sowohl für die bezahlte Arbeit von SozialarbeiterInnen, deren überwiegende Mehrzahl Frauen sind (obwohl im Jahre 1989 noch über 90 Prozent der Manager bei der Sozialfürsorge Männer waren (Land and Lewis, 1998: 62)), wie auch für die unbezahlte Arbeit von Frauen innerhalb der Familie. Das von der Thatcher-Regierung verlautbarte Konzept der 'care in the community' – 'Sozialfürsorge *innerhalb* der Gemeinschaft' in der Sprache eines Regierungspapiers (1981 White Paper 'Älter werden') – wurde ausdrücklich als zunehmende

Fürsorge *von* der Gemeinschaft (sprich von der Familie, sprich Fürsorge von Frauen) ausgelegt (Land and Lewis, 1998: 51). Hilary Land und Jane Lewis kommentieren das als wichtigen Wandel in der Sozialpolitik, nach dem der Staat nicht mehr als erster Lieferant von Sozialdienstleistungen galt. Mehr noch, in der Sprache des Neoliberalismus erscheint der Wohlfahrtsstaat an sich als Ursache allen sozialen Übels, wohingegen der Markt – und eine Gesellschaft, die nach Marktregeln aufgebaut ist – als makellos tugendhaft dargestellt werden (Pierson, 1998: 20f.). Der Wohlfahrtsstaat galt im neoliberalen Diskurs in Großbritannien als unökonomisch, unproduktiv und nicht effektiv. Es wurde behauptet, der Sozialstaat stehe im Gegensatz zur individuellen Entscheidungsfreiheit als dem Kernstück der (liberalen) Demokratie, und weiter, dieser Sozialstaat habe in den Nachkriegsjahren arme Leute in einen Teufelskreis der Abhängigkeit eingeschlossen, aus dem sie nicht wieder 'rauskämen' (Pierson ebenda).

Marktprinzipien wurden in die staatlichen und öffentlichen Dienstleistungsbehörden eingeführt; private Firmen durften – und sollten – mit den öffentlichen konkurrieren. Dies alles geschah in dem Anliegen, den Klienten im Sinne der ideologischen Individualisierung von Rechten und Pflichten eine Auswahl an Formen und Quellen der Sozialfürsorge zu bieten (Land and Lewis, 1998: 55). Leider wirkte sich die Entstaatlichung der Dienstleistungen ohne entsprechende Finanzierungsstützen gegen die 'freie Wahl' der Klienten der Sozialfürsorge aus.

In dem Maße, wie die Sozialfürsorge teilweise privatisiert wurde, entthob sich das Mitspracherecht der BürgerInnen, die ja nicht mehr beim Staat die Angemessenheit oder die Qualität der Dienstleistungen einklagen konnten oder mitbestimmen durften. Die 'freie Wahl' beschränkte sich in der Praxis auf die individuell unterschiedliche Fähigkeit, die entsprechende soziale Dienstleistung zu erkaufen. Dadurch wurden besonders Frauen, die, wie wir schon sahen, die Mehrzahl der SozialhilfeempfängerInnen darstellen, als passive KonsumentInnen und nicht als mitspracheberechtigende BürgerInnen gestaltet (Land and Lewis, 1998: 64). Wählen durften diejenigen, die es sich leisten konnten. Für viele blieb z.B. die (in privaten Anstalten angebotene) Kinderfürsorge außerhalb ihrer Möglichkeiten; also mussten sie sich weiterhin auf die (unausgebildete und/oder unbezahlte) Unterstützung durch (weibliche) Familienmitglieder oder FreundInnen verlassen, waren



also auf persönliche Netzwerke angewiesen.

Kürzungen und Teilprivatisierung der staatlich angebotenen Sozialdienstleistungen im Namen der 'Freiheit der Wahl' in den Jahren der konservativen Regierungen in Großbritannien (1979-1997) stellten eine Absage an das bis dahin vorherrschende Modell eines auf universellem Anspruchsrecht fundierten Wohlfahrtsstaates dar. Diese Kürzungen wirkten sich auch negativ gegen die seit Mitte der 70er Jahre eingeführte Gleichstellungsgesetzgebung aus, deren Effektivität durch diese systembezogene Hürden abgeschwächt wurde (Sainsbury, 1996: 198). Diane Sainsbury argumentiert damit, dass die Kürzungspolitik der Thatcher-Regierung im Bereich der Sozialdienstleistungen einen 'gender bias' aufweise. Darüber hinaus habe die wirtschaftliche Umstrukturierung im Namen der Flexibilisierung (sprich die Ausweitung von schlecht bezahlter, unbeständiger oder Teilzeitarbeit) die Sozialansprüche von Frauen doppelt gefährdet (Sainsbury, 1996: 206, 222).

Der weitere Kontext: Die EU-Gleichstellungspolitik

Es gibt unter Feministinnen Diskussionen darüber, inwieweit sich die EU substantiv und nicht einfach rhetorisch für das Ziel der Chancengleichheit einsetzt – und wie sich die EU-Gender-Politik auf die Sozial- und Frauenförderungs politik einzelner EU-Mitglieder auswirkt. Sue Cohen (2000: 35) ist der Meinung, dass in der EU-Politik die Spannung zwischen Maßnahmen 'von oben' und Impulsen 'von unten' ungelöst bleibt (siehe dazu auch Hoskyns, 1996). Catherine Hoskyns (2000: 186f.) weist darauf hin, dass die Gleichstellungspolitik der EU von den 70er Jahren an die Ausnahme gebildet hat in einem Rahmen, in dem soziale Fragen allgemein ausgegrenzt worden sind. Dieser Umstand habe jedoch die Skepsis vieler Frauen an der Basis nicht gemindert.

Die Auseinandersetzungen um die Motivation und die Effektivität der EU-Gleichstellungspolitik ist in letzter Zeit besonders um das Thema 'Gender Mainstreaming' neu entfacht. Rosemary Crompton und Nicky Le Feuvre (2000: 335ff.) weisen auf den Abgang der EU von der Politik der Frauenförderung und die Propagierung der Politik des 'Gender Mainstreaming' als eine Wandlung, die potentiell positiv ist und eine Negierung des liberalen Modells impliziert. Statt sich durch positive Aktion mit der Überwindung individuellen Nachteils zu beschäftigen, der im neo-liberalen Diskurs als Ausdruck individuellen Mangels oder Scheiterns zu interpretieren wäre, richtet sich die Politik des 'Gender Mainstreaming' an strukturell und institutio-

nell verstandene Hürden, die Frauen beim Zugang zum Markt benachteiligen und beruflich zurückhalten.

'Gender Mainstreaming' packt die Frage der Chancengleichheit – dieser Auffassung nach – an der Wurzel. Dennoch stellen Crompton und Le Feuvre in einem Vergleich zwischen Frankreich und Großbritannien interessanterweise konträre Auswirkungen fest. In Frankreich wird die Arbeitsmarktbeteiligung von Müttern viel eher unterstützt als in Großbritannien: das geht sowohl aus Umfragen als auch aus der Politik der universellen Kinderbetreuung hervor. Dagegen gibt es historisch seit dem Zweiten Weltkrieg in Großbritannien sehr wenige öffentliche Kindergärten und Krippen. Zwischen 1986 und 1996 stieg der Anteil der Mütter mit Kindern unter 5 Jahren, die ökonomisch aktiv waren, von 40 Prozent auf 54 Prozent. Im selben Zeitraum sank jedoch die Anzahl an öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen (Land and Lewis, 1998: 67). Und noch im Jahr 1994 sprachen sich fast 50 Prozent der Männer und Frauen in einer britischen Umfrage gegen die Arbeitsmarktbeteiligung von Müttern mit vorschultrigen Kindern aus (Crompton and Le Feuvre, 2000: 339). In Frankreich werden Mütter in dem Sinne gefördert, dass ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert wird. Dahingegen herrschten in Großbritannien bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts Regelungen, die es verheirateten Frauen fast unmöglich machten, sich beruflich zu betätigen.

Nun hat sich das Gleichgewicht verschoben. Einmal auf dem Arbeitsmarkt gilt für Frauen in Frankreich eine Politik der gleichen Behandlung, wohingegen in Großbritannien seit den 70er Jahren die Equal Opportunities Gesetzgebung und Kommission positive Frauenförderung ermöglicht und überwacht, damit also eine Form der speziellen Behandlung vollzieht im Gegensatz zu einer Politik der rein formellen Gleichheit auf dem Arbeitsmarkt. So konnte eine britische Bank im Jahr 1998 mit 26 Prozent Managerinnen prahlen, wohingegen zwei französische Banken 11 Prozent und 15 Prozent weibliche Manager aufweisen konnten (Crompton und Le Feuvre, 2000: 344). Frauen in den französischen Banken mussten auch in größerem Maße mit der Möglichkeit rechnen, dass sie innerhalb dieser männerdominierten Sphäre der Finanzmanager direkt (im Sinne von fehlender Beförderung oder niedrigeren Löhnen) und indirekt (dadurch beispielsweise, dass ihre Meinung nicht beachtet wird) benachteiligt werden.



Aus ihren Forschungsergebnissen schließen Crompton und Le Feuvre, dass strukturelle oder institutionelle Änderungen zwar wichtig sind, jedoch individuelle Diskriminierung nicht ausschließen können. Sie plädieren dieser Einsicht zufolge dafür, dass eine Politik der Frauenförderung neben der Politik des 'Gender Mainstreaming' beibehalten wird (Crompton and Le Feuvre, 2000: 346). Maria Stratigaki (2005) schätzt diesen politischen Wandel noch negativer als eine Absage an Chancengleichheit und daher eine Neutralisierung der Frauenförderungs politik ein.

Ganz abgesehen davon, wie 'Gender Mainstreaming' interpretiert wird, ist es eine Tatsache, dass Großbritannien sich vielfach dagegen gestrebt hat, die sozialpolitischen Maßnahmen der EU im Lande auszuführen. So werden etliche von der EU propagierte 'frauenfreundliche' Sozialmaßnahmen in Großbritannien in abgeschwächter Form eingeführt: Mutterschaftsurlaub ist viel kürzer und auch schlechter bezahlt also in anderen EU-Mitgliedsstaaten; Elternurlaub ist erst vor zwei Jahren in Großbritannien eingeführt worden und zwar als unbezahlter einzelner Monat, der also demzufolge, wenn überhaupt, dann nur von Frauen in Anspruch genommen wird (Lewis, 2003: 181f.), was wiederum ihre Chancen bei der Rückkehr zum Arbeitsmarkt und den Aufbau einer Karriere negativ beeinflusst. Großbritannien ist weit davon entfernt, dem Beispiel der skandinavischen Länder zu folgen, die in den 90er Jahren Vaterschaftsurlaub einführen unter der Bedingung, dass der für Väter reservierte Monat des Elternurlaubs im Falle der Nichtausnutzung durch den Vater verfällt. Diese Politik hätte das Potential, eine Verschiebung in der geschlechtsungleichen Arbeitsteilung im Haushalt zu fördern, was sich wiederum potentiell positiv auf die Chancengleichheit im Beruf auswirken könnte (Lewis, 2003: 182).

Die EU-Gleichstellungspolitik ist oft als Motor eingeschätzt worden, der die nationale Politik vorantreiben könnte. Im Falle von Großbritannien hat leider der neoliberale Konsens in den meisten Fällen den Vorrang genossen. Die Labour-Regierung hat zwar nach 1997 ein Büro für Frauen und einen Regierungsmitglied mit Verantwortung für Frauenfragen etabliert, die sich von einer nationalen Frauenkommission (aus BeamtInnen aus verschiedenen Ministerien zusammengestellt) beraten lässt (Stokes, 2003). Bislang bleibt unklar, ob diese Instanzen wirklich Einfluss ausüben in dem Anliegen, dafür zu sorgen, dass 'Gender Mainstreaming' in allen Ministerien und neuer Gesetzgebung geachtet wird. Gleichzeitig wird momentan die in den 70er Jahren gegründete Kommission für Chancengleichheit (Equal Opportunities Commission – EOC)

einer einzigen Gleichstellungskommission (Commission for Equality and Human Rights – CEHR) unterworfen, die die ehemaligen Kommissionen für 'racial equality', 'disabilities', und Chancengleichheit ersetzen. Es ist naheliegend, die Meinung vorzulegen, dass der Aspekt der Frauenförderung, mitsamt der Spezifik verschiedener Diskriminierungsursachen und -formen in einer solchen Einheitskommission für die Chancengleichheit aller verloren gehen könnte.

Paradoxa

In den frühen Nachkriegsjahren besaß Großbritannien einen in vieler Hinsicht weiter entwickelten Wohlfahrtsstaat als es seine zukünftigen Partnerstaaten in der EU aufweisen konnten, der mehr dem sozialdemokratischen – mit skandinavischen Ländern identifizierten – als dem mit den USA identifizierten liberalen Modell der Sozialpolitik entsprach (Cannan, 1996). In jüngerer Zeit ist von vielen argumentiert worden, dass sich die britische Sozialpolitik unter dem Einfluss der dominanten Ideologie des Neoliberalismus von der fortschrittlicheren Sozialpolitik seiner EU-Partnerstaaten entfernt und sich 'amerikanisiert' hat (Holmwood, 2000). Paradoxerweise hat sich die Sozialpolitik in den regionalen Regierungen Schottlands und Wales, so argumentiert John Holmwood, in dem Maße europäisiert, wie sich die nationale britische Sozialpolitik amerikanisiert hat (Holmwood, 2000: 472).

Die relevante Frage für heute lautet: inwieweit hat sich die Lage in den letzten acht Jahren der Labour-Regierung geändert? Hat sich die Blair-Regierung vom Neoliberalismus distanziert? Hat sich das Geschlechtermodell modifiziert? Die Antwort auf diese Frage muss ambivalent bleiben. Auf der einen Seite hat sich die Labour-Regierung das sogenannte Gleichgewicht zwischen Arbeit und Leben zum Ziel gesetzt, d.h. die Harmonisierung der Berufsarbeit mit dem Familienleben, eine Politik, die sich im Prinzip auf die Chancengleichheit und den Status von Frauen im Beruf – wie auch auf die Arbeitsteilung im Haushalt und die Verantwortung für die Kindererziehung – fördernd auswirken sollte.

Inhalt dieser Politik sind etwa die Ausweitung der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Vorschulalter, sowie eine flexiblere Arbeitszeitpolitik mitsamt erweitertem Mutterschaftsurlaub und die Einführung des von der EU propagierten Elternurlaubs. Doch wie wir gesehen haben, bleibt dieser eine Monat Elternurlaub in Großbri-



tannien unbezahlt. Dieser Umstand wie auch seine kurze Dauer schwächen seine potentielle Wirkung als Mittel zum Chancenausgleich radikal ab. Auch auf flexible Arbeitszeiten haben Arbeitnehmer kein Anrecht – sie dürfen sich lediglich beim Arbeitgeber um dieses Recht bewerben; der Arbeitgeber ist jedoch nicht verpflichtet, ihrem Anliegen nachzugeben. Was die Kinderbetreuung angeht ist die Zielsetzung der Regierung: für alle vierjährige Kinder sollten entweder ein Kindergartenplatz oder in den Vorschulklassen der Schule ein Platz vorhanden sein; auch für eine zunehmende Anzahl von dreijährigen Kindern sollten Kindergärtenplätze verfügbar werden; die Kosten der Kinderfürsorge sollten subventioniert werden; allen alleinstehenden Müttern sollte der Weg zurück in den Arbeitsmarkt durch Ausbildungsmöglichkeiten und andere Zugeständnisse geebnet werden.

Doch die 'gemischte Wirtschaft' von privaten und öffentlichen Lieferanten dieser sozialen Dienstleistungen blieb von der Labour-Regierung unangerührt, wie auch die herrschende neoliberale Strategie eines Umschwungs von einer Politik der Sozialfürsorge auf eine Politik der Arbeitsmarktbeteiligung (wie es im amerikanischen Slogan heißt: 'from welfare to work') (Ellison, 1998: 41).

In diesem Sinne ist die Labour-Regierung seit 1997 auf der neoliberalen Schiene geblieben: Hauptziel, auch bei der heutigen Wahlkampagne, ist die wirtschaftliche Leistung. Diesem Ziel wird das ehemals der Labour-Politik eigene soziale Engagement unterworfen (Ellison, 1998: 44). Das Vorhaben, die Sozialpolitik und den Wohlfahrtsstaat als Mittel zu nutzen, um soziale Gerechtigkeit im Sinne der gerechteren Verteilung oder der Minimierung der sozialen Ungleichheit zu fördern, ist im Namen des Marktes rechts außen vor geblieben.

Literaturangaben

Cannan, Crescy, 1996: A Europe of the Citizen, a Europe of Solidarity? Social Policy in the European Union. In: Einhorn, Barbara/ Kaldor, Mary/ Kavan, Zdenek (Hg.): Citizenship and Democratic Control in Contemporary Europe, S. 134-149. Cheltenham, UK and Brookfield, US: Edward Elgar

Cohen, Sue, 2000: Social Solidarity in the Delors Period: Barriers to Participation. In: Hoskyns, Catherine/ Newman, Michael (Hg.): Democratizing the European Union: Issues for the Twenty-First Century, S. 12-38. Manchester and New York: Manchester University Press

Craske, Nikki, 1998: Remasculinisation and the Neoliberal State in Latin America. In: Randall, Vicky/ Waylen, Georgina (Hg.): Gender, Politics and the State, S. 100-120. London and New York: Routledge

Crompton, Rosemary/ Le Feuvre, Nicky, 2000: Gender, Family and Employment in Comparative Perspective: The Realities and Representations of Equal Opportunities in Britain and France. In: Journal of European Social Policy 10(4), S. 334-348

Einhorn, Barbara, 1995: Ironies of History: Citizenship Issues in the New Market Economies of East Central Europe. In: Barbara Einhorn, Barbara/ Janes Yeo, Eileen (Hg.): Women and Market Societies: Crisis and Opportunity, S. 217-233. Aldershot, UK and Brookfield, US: Edward Elgar

Einhorn, Barbara/ Sever, Charlotte, 2003: Gender and Civil Society in Central and Eastern Europe. In: International Feminist Journal of Politics 5(2), S. 163-190

Ellison, Nick, 1998: The Changing Politics of Social Policy. In: Ellison, Nick/ Pierson, Chris (Hg.): Developments in British Social Policy, S. 31-45. Basingtoke: Macmillan

Fraser, Nancy, 2003: Distorted beyond All Recognition: A Rejoinder to Axel Honneth. In: Fraser, Nancy/ Honneth, Axel: Redistribution or Recognition? A Political-Philosophical Exchange, S. 198-236. London and New York: Verso

Gal, Susan/ Kligman, Gail, 2000: The Politics of Gender after Socialism. Princeton, NJ: Princeton University Press

Haney, Lynne, 2002: Inventing the Needy: Gender and the Politics of Welfare in Hungary. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press

Holmwood, John, 2000: Europe and the "Americanization" of British Social Policy. In: European Societies 2(4), S. 453-482

Hoskyns, Catherine, 2000: Democratizing the EU: Evidence and Argument. In: Hoskyns, Catherine/ Newman, Michael (Hg.): Democratizing the European Union: Issues for the Twenty-First Century, S. 176-203. Manchester and New York: Manchester University Press



Hoskyns, Catherine, 1996: *Integrating Gender: Women, Law and Politics in the European Union*. London and New York: Verso

Jaquette, Jane S./ Wolchik, Sharon L., 1998: *Women and Democratization in Latin America and Central and Eastern Europe: A Comparative Introduction*. In: diess. (Hg.): *Women and Democracy: Latin America and Central and Eastern Europe*, S. 1-28. Baltimore: Johns Hopkins University Press

Land, Hilary/ Lewis, Jane, 1998: *Gender, Care and the Changing Role of the State in the UK*. In: Lewis, Jane (Hg.): *Gender, Social Care and Welfare State Restructuring in Europe*, S. 51-84. Aldershot, UK; Brookfield, USA; Singapore; Sydney: Ashgate

Lewis, Jane, 2003: *Economic Citizenship: A Comment*. In: *Social Politics* 10(2), S. 176-185

Pierson, Chris, 1998: *Theory in British Social Policy*. In: Nick Ellison, Nick/ Pierson, Chris (Hg.): *Developments in British Social Policy*, S. 17-30. Basingtoke: Macmillan

Sainsbury, Diane, 1996: *Gender Equality and Welfare States*. Cambridge: Cambridge University Press

Stokes, Wendy, 2003: *The Government of the United Kingdom: The Women's National Commission*. In: Rai, Shirin M. (Hg.): *Mainstreaming Gender, Democratizing the State? Institutional Mechanisms for the Advancement of Women*, S. 184-202. Manchester: Manchester University Press for and on behalf of the UN

Stratigaki, Maria, 2005: *Gender Mainstreaming vs Positive Action: An Ongoing Conflict in EU Gender Equality Policy*. In: *European Journal of Women's Studies* 12(2), S. 165-186

True, Jacqui, 2003: *Gender, Globalization, and Post-socialism: The Czech Republic after Communism*. New York: Columbia Press

Zhurzhenko, Tatiana, 2001: *Free Market Ideology and New Women's Identities in Post-Socialist Ukraine*. In: *European Journal of Women's Studies* 8(1), S. 29-49

Abstract

Barbara Einhorn analysiert am Beispiel Großbritanniens, wie das neoliberale Modell Frauen diskriminiert. Die Einführung des neoliberalen Modells in Großbritannien hat die Bürde der Verantwortung für das Wohlbefinden der BürgerInnen und damit der Gesellschaft insgesamt vom Staat enthoben und an das Individuum, insbesondere an die bezahlte und unbezahlte Arbeit von Frauen delegiert. Unter dem Einfluss der dominanten Ideologie des Neoliberalismus hat sich Großbritannien von der fortschrittlicheren Sozialpolitik der anderen EU-Mitglieder entfernt. Das Ziel der Labour-Regierung, soziale Gerechtigkeit im Sinne einer gerechteren Verteilung bzw. der Minimierung der sozialen Ungleichheit zu fördern, ist im Namen des Marktes außen vorgeblieben.

Zur Person

Barbara Einhorn, Dr., Germanistin und Professorin für Geschlechtergeschichte am Institut für Soziologie sowie Direktorin der Graduate Studies in der School of Social Sciences and Cultural Studies der Universität Sussex. Beratungstätigkeiten zu Geschlechterfragen bei der UNO, der ILO und der Weltbank. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Geschlecht, Zivilgesellschaft und nationale Identität, insbesondere in Zentral- und Osteuropa vor, während und nach den Umbrüchen von 1989, sowie Gender und Nationalismus.

Veröffentlichungen u.a.

Citizenship in a Uniting Europe: From Dream to Awakening, erscheint 2006

Insiders and Outsiders: Within and Beyond the Gendered Nation. Kapitel 11 in: Evans, Mary/ Davis, Kathy/ Lorber, Judith (Hg.): *Handbook of Gender and Women's Studies*, 2006

Gendered Markets: Persistent Patterns of Inequality in Central and Eastern Europe. In: *Gender, Organisation and Work*, 12 (6), 2005

Gender and Civil Society in Central and Eastern Europe, mit Charlotte Sever. In: *International Feminist Journal of Politics*, 5(2), 2003

Cinderella Goes to Market: Citizenship, Gender and Women's Movements in East Central Europe, 1993



Kontakt

Dr. Barbara Einhorn
University of Sussex
Falmer, Brighton BN1 9SJ
East Sussex
Großbritannien
b.einhorn@sussex.ac.uk